

Widerstand Ost/West fordert...

Ein Ende der Diffamierung von deutschen Patrioten!

Die linke Gesinnungsdiktatur schreibt den Bürgern vor, dass gesunde Vaterlands-liebe hierzulande ein Verbrechen ist! Die ganze deutsche Geschichte wird in der öffentlichen Meinung auf die Jahre des faschistischen Nationalsozialismus reduziert – in der Folge wird jeder Patriot in diesem Land, der sich für seine Kultur und seine Werte einsetzt, ungehindert als „Nazi“ beschimpft.

Das Grauen des Nationalsozialismus darf nie verharmlost werden, aber genauso wenig darf eine tausendjährige Kultur und Geschichte darauf reduziert und verteufelt werden!

Jedes Volk weist eine mehr oder weniger unrühmliche Geschichtsschreibung auf. **Doch von keinem Volk der Erde - außer dem deutschen Volk- wird verlangt, dass es seine Schuld zelebriert und seine eigene Identität verleugnet.** Niemand kann vom deutschen Volk erwarten, dass es seinem eigenen Untergang Schützenhilfe leistet.

Der von den internationalen Sozialisten propagierte Deutschenhass, z.B. „Deutschland verrecke“, darf nicht länger als infames und zutiefst ehrenrühriges Druckmittel gegen aufrechte Demokraten verwendet werden! **Die - eigentlich linke - Ideologie der Nationalsozialisten darf nicht länger als Hebel zur Verunglimpfung und Kriminalisierung** einer natürlichen Heimat- und Vaterlandsliebe politisch missbraucht und systematisch instrumentalisiert werden!

Die unbegründete Diffamierung von kritischen, patriotischen und unbescholtenen Bürgern als „Nazis“ muss aufhören und strafechtlich verfolgt werden!

Die konsequente Um- und Durchsetzung der bestehenden Gesetze in Deutschland in Bezug auf die Asylpolitik.

Abgelehnte Asylbewerber müssen schnell und unbürokratisch in ihre Heimatländer zurückgeführt werden. Der nachgewiesene, massenhafte Asylmissbrauch in Deutschland muss von Seiten der Politik unterbunden werden.

Es sollte eine Selbstverständlichkeit für eine Industrienation wie Deutschland sein, Flüchtlinge aufzunehmen. **Dabei muss jedoch klar zwischen den berechtigt Schutz suchenden Kriegsflüchtlingen und den - sich unter falschen Angaben illegal im Land befindlichen - Asylmissbrauchern unterschieden werden.**

Die Politik muss dahingehend reformiert werden, dass Flüchtlingen Schutz und verarmten Menschen in ihrem eigenen Land Aufbauhilfe gewährt wird!

Asylantragssteller, welche aus eindeutig sicheren Herkunftsländern kommen, **müssen daher schon an den Grenzen der europäischen Länder abgewiesen werden.**

Wiederholt mit schweren Delikten straffällig gewordene Asylbewerber müssen nach Beendigung des Strafverfahrens **schnellstmöglich zurück in ihre Heimatländer geführt werden, um dort ihre Haftstrafe zu verbüßen.**

Eine Entschärfung des Islams und einen Stopp der Islamisierung in folgendem Umfang:

Sämtliche Aufrufe und Handlungsanweisungen zu Gewalt, Töten, Krieg, Unterdrückung anderer Religionen und Meinungen, Diskriminierung und Missbrauch von Frauen müssen aus dem Koran entfernt werden. Die Scharia, das barbarische islamische Gesetz aus dem 7. Jahrhundert, muss in Deutschland wegen Verfassungsfeindlichkeit verboten werden.

Nur unter diesen Voraussetzungen kann der Islam im Sinne der Religionsfreiheit als eben diese gelebt werden, **er darf jedoch in unserer christlich geprägten und aufgeklärten Gesellschaft keinen Einfluss als politische Ideologie nehmen.** Wir verstehen Deutschland und Europa als eine christlich-westlich geprägte Kultur, in dem auch andere Glaubensrichtungen und Kulturen ihren Platz haben können, **jedoch nicht in einer dominanten und erobernden Art und Weise.**

Ein Zuwanderungsgesetz, das die Interessen der eigenen Bevölkerung wahrt!

Und darüber hinaus dem demographischen Wandel der Gesellschaft Rechnung trägt, wie z.B. das Kanadische oder das Schweizer Modell. Seit jeher ist gerade Deutschland in der Mitte Europas ein Zuwanderungsland gewesen. **Die zurzeit gehandhabte Zuwanderungspolitik in Deutschland widerspricht aber in jeder Art und Weise dem Interesse der Menschen und der Wirtschaft.**

Ein Ende jeglicher Gewalt gegenüber friedlichen Demonstranten und mehr Handhabe für die Polizei!

Sowohl Demonstranten als auch Polizisten erfahren aktuell massive Gewalt durch linksextreme Gegendemonstranten. Sowohl im Internet, als auch auf unseren Straßen, führen linke Gesinnungsfaschisten **unter dem irreführenden Titel „ANTIFA“** Krieg gegen die Demokratie, ihre Anhänger und gegen die Polizei!

Ständig führt das Verhalten dieser Gruppen zu Gewaltaufrufen, die dann praktisch durchgeführt und zu verletzen Bürgern und Beamten führen. **Wir fordern ein Verbot der ANTIFA-Gruppen und Vereinigungen, weil sie dieses gesetzwidrige Verhalten offensichtlich fördern, unterstützen, organisieren und durchführen!**

Dazu gehört auch ein Ende der „Deeskalationsstrategie“ gegen diese gewalttätigen Gruppen! Dies bedeutet ein mildes, defensives Vorgehen gegen die offensichtlichen Aggressoren bei Demonstrationen, um die Situation „friedlich“ zu lösen – auf Kosten unserer Grundrechte! Dies ist die falsche Vorgehensweise!

Die Polizei muss in Deutschland wieder für Ordnung und Sicherheit sorgen dürfen!